

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten  
Mag<sup>a</sup> Christine Muttonen  
07/2011*



PAR  
LAM  
ENT  
S  
MAIL

Liebe FreundInnen!

Kurz vor der Sommerpause gibt es noch einmal aktuelle Nachrichten aus dem Parlament. Bearbeitet wurden an den drei Sitzungstagen unter anderem die Einführung von Rettungsgassen bei Unfällen, die Verankerung des Pflegefonds und die Gründung einer europäischen Ratingagentur.

Besonders gefreut hat mich natürlich die Annahme des neuen Volksgruppengesetzes, mit dem nun endgültig der Kärntner Ortstafelstreit beigelegt werden konnte.

Zudem war am Freitag der Präsident des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek, im Hohen Haus zu Gast, um sich mit uns über die drängenden europäischen Themen auszutauschen.

Wie immer gilt: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine



## FACTS BY MAIL - NEWS AUS DEM SPÖ-KLUB

An den drei Sitzungstagen des Nationalrates von 6. bis 8. Juli wurden insgesamt 113 Tagesordnungspunkte im Nationalrat abgearbeitet und 33 Gesetzesvorlagen und weitere Vereinbarungen mit den Bundesländern beschlossen.

Auf der Tagesordnung am Mittwoch stand unter anderem der Beschluss der Ortstafel-Einigung, mit der 164 zweisprachige Schilder in Kärnten fixiert wurden. Ebenfalls beschlossen werden konnte eine Erleichterung bei Gemeindekooperationen, die Einführung von Rettungsgassen bei Unfällen und die Befristung des Führerscheins.

Der Donnerstag startete mit dem Beschluss des Ökostromgesetzes, außerdem wurde die Transparenz bei den Benzinpreisen durch die Einführung einer Datenbank erhöht. Abgesegnet wurden in der Folge auch die 15a-Vereinbarungen mit den Bundesländern zum halbtägig kostenlosen und verpflichtenden Kindergartenbesuch und zum Ausbau ganztägiger Schulformen.

Der Freitag schließlich brachte die Verankerung des Pflegefonds, die Einigung mit den Bundesländern über einen Stabilitätspakt und mehr Transparenz bei den Wartelisten bei Operationen.

Der **Mittwoch** begann mit einer **Aktuellen Stunde zum Thema "Modern, serviceorientiert, sparsam – Perspektiven für den Öffentlichen Dienst"**. Beamtenministerin Heinisch-Hosek bekräftigte ihre Bemühungen, den öffentlichen Dienst fit für das 21. Jahrhundert zu machen und startete einen Reformdialog. Im Vergleich mit 22 OECD-Staaten wurde die öffentliche Verwaltung in Österreich erst kürzlich als sehr gut und sehr sparsam bewertet.

Es folgte eine ausführliche **Debatte zur Ortstafel-Einigung**, die mit dem neuen Volksgruppengesetz in Gesetzesform gegossen wurde. Mit der Novelle werden alle Kärntner und burgenländischen Gemeinden namentlich angeführt, in denen es zweisprachige Ortstafeln geben muss. Für Südkärnten werden insgesamt 164 Ortstafeln und Ortskennzeichnungstafeln in 24 Gemeinden festgeschrieben. Die Auswahl der Ortschaften bezieht sich auf Urteile des Verfassungsgerichtshofs sowie auf einen Anteil der gemischtsprachigen Bevölkerung von mindestens 17,5 Prozent. Die Novelle wurde mit den Stimmen aller Parlamentsparteien beschlossen, nur bei den Grünen gab es drei symbolische Enthaltungen.

Ebenfalls auf der Tagesordnung befand sich eine **Initiative des Bundesrats, die Gemeindekooperationen auch im hoheitlichen Bereich** ermöglichen soll. Somit können Kommunen künftig etwa ein gemeinsames Meldeamt errichten. Auch über die Bundesländergrenzen hinweg ist eine Kooperation möglich. Beschlussfertig war auch die Einführung von Rettungsgassen ab 2012, mittels derer Einsatzfahrzeuge bei Unfällen schneller zu Verletzten vordringen können. Mit einer Novelle des Führerscheingesetzes werden Führerscheine künftig auf 15 Jahre befristet.

Der **Donnerstag** startete mit einer **Erklärung der Finanzministerin zu Griechenland**. Finanzstaatssekretär Andreas Schieder stellte dabei klar, dass bei einer Pleite Griechenlands oder bei einem Rauswurf Griechenlands aus der Eurozone das Risiko für den österreichischen Steuerzahler viel höher wäre als mit der derzeitigen Griechenlandhilfe. Griechenland zu helfen heißt Europa zu helfen und letztendlich auch Österreich vor Schlimmerem zu bewahren. Die Folgen einer Staatspleite wären Massenarbeitslosigkeit und der Zusammenbruch der Wirtschaft Griechenlands. Diese Folgen würden auch Wellen in Österreich schlagen. Mit Blick auf Portugal sagte Schieder, dass man dem Handeln der US-amerikanischen Rating-Agenturen nicht mehr länger zuschauen könne.

In der Folge konnte das **neue Ökostromgesetz** beschlossen werden – die dafür nötige Zwei-Drittel-Mehrheit konnte durch die Stimmen der Grünen und des BZÖ sichergestellt werden. Das neue Ökostromgesetz sieht eine Aufstockung der Fördermittel für Strom aus erneuerbaren Energien von 21 Millionen jährlich auf 50 Millionen vor. In einem neuen Preistransparenzgesetz wiederum wurde verankert, dass Tankstellenbetreiber verpflichtet sind, die aktuellen Treibstoffpreise in eine Datenbank einzuspeisen. Dadurch soll die Orientierung der KonsumentInnen hinsichtlich günstiger Preise erleichtert werden.

Ebenfalls auf der Tagesordnung standen zwei **15a-Vereinbarungen mit den Bundesländern**. Erstens wird der Bund auch in den Jahren 2011/12 und 2012/13 jeweils 70 Mio. Euro für das kostenlose und verpflichtende Kindergartenjahr bereitstellen. Damit soll der Mehraufwand der Gemeinden für das Gratiskindergartenjahr weiter abgedeckt werden. Darüber hinaus bietet der Bund auch eine Anschubfinanzierung bei der Tagesbetreuung an Schulen in der Höhe von 80 Millionen Euro pro Jahr bis inklusive 2014. Geschaffen wird durch eine Gesetzesnovelle zudem das Berufsbild des Freizeitpädagogen, der Freizeitpädagogin, die nach einem einjährigen Ausbildungslehrgang an den Pädagogischen Hochschulen als TagesbetreuerIn tätig werden können.

Mit dem Beschluss des **Pflegefondsgesetzes am Freitag** wurde ein im Sozialministerium angesiedelter und zu zwei Dritteln vom Bund und zu einem Drittel von Ländern und Gemeinden gespeister Fonds geschaffen, der die steigenden Kosten im Pflegebereich auffangen soll. Das Geld ist für eine bessere Versorgung pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen sowie für den Aus- und Aufbau des Betreuungs- und Pflegedienstleistungsangebots zweckgebunden. Der Bund übernimmt

mit dem Pflegegeldreformgesetz die Gesetzgebungs- und Vollziehungskompetenz des Pflegegeldes komplett von den Ländern. Damit reduziert sich die Zahl der mit dem Pflegegeld befassten Stellen von rund 300 auf acht Sozialversicherungsträger, was eine enorme Verwaltungsvereinfachung bedeutet.

Ebenfalls am Freitag im Nationalrat fixiert wurde der **Stabilitätspakt zwischen Bund, Ländern und Gemeinden**. Neuerungen gibt es auch für BürgermeisterInnen und KommunalpolitikerInnen: Diese dürfen künftig zu ihrer ASVG-Frühpension mehr dazuverdienen. Möglich wird auch der Bezug von Arbeitslosengeld nach Ausscheiden aus dem Amt, das sich in der Höhe am letzten ausgeübten Beruf orientiert.

**Im Bereich des Gesundheitswesens wird ein neues Wartelisten-System für mehr Transparenz eingeführt.** Anonymisierte Wartelisten werden im Internet veröffentlicht. Ziel ist es, sichtbar zu machen, wer wie lange auf eine Operation warten muss. Ausgeschlossen werden soll dadurch, dass Patienten mit Sonderversicherungen vorgereicht werden. Des Weiteren wird der Oberste Sanitätsrat modernisiert.

### **Die wichtigsten Beschlüsse vom Mittwoch, 06.07.11**

#### **Das Gemeinsame vor das Trennende stellen – Ortstafel-Einigung als historischer Moment ([1312 d.B.](#))**

Nach 56 Jahren und unzähligen Lösungsversuchen, die allesamt gescheitert sind, wurde am Mittwoch die Kärntner Ortstafelregelung beschlossen. Die nun fixierte Lösung mit 164 zweisprachigen Ortstafeln in 24 Ortschaften ist diejenige, die die meisten Ortstafeln und die größte Bevölkerungsanzahl aller bisherigen Vorschläge aufweist. Ebenfalls eine großzügige Lösung gefunden werden konnte bei der Amtssprache.

Mit der Novelle werden alle Kärntner und burgenländischen Gemeinden namentlich angeführt, in denen es zweisprachige Ortstafeln geben muss. Für Kärnten bezieht sich die Auswahl auf Urteile des Verfassungsgerichtshofes sowie auf einen Anteil der gemischtsprachigen Bevölkerung von mindestens 17,5 Prozent.

Einigkeit herrschte darüber, dass die Ortstafel-Lösung im Verfassungsrang bleiben muss, damit sie richtungsweisend und stabil ist. Bundeskanzler Werner Faymann und Staatssekretär Josef Ostermayer – der erfolgreiche Verhandlungsführer – sprachen von einem historischen Tag für Kärnten und Österreich, an dem das Gemeinsame vor das Trennende gestellt wurde. Das Volksgruppengesetz wurde mit Ausnahme von drei Abgeordneten der Grünen von allen Parlamentsfraktionen beschlossen.

#### **Gemeinden stärken – Zusammenarbeit unterstützen ([1313 d.B.](#))**

Mit dieser Verfassungsnovelle, die vom Bundesrat eingebracht wurde, wird die Zusammenarbeit von Gemeinden stark vereinfacht und verfassungsrechtlich abgesichert. Damit wird die Einrichtung „Gemeindeverband“ den Herausforderungen der

heutigen Zeit angepasst. Es fällt die Beschränkung, dass ein Gemeindeverband nur für einen Zweck gebildet werden kann – etwa für einen klassischen Abwasserverband. In Zukunft können Verbände auch für mehrere Zwecke genutzt werden. So können Gemeinden unbürokratisch zusammenarbeiten und die immer höheren Verwaltungskosten reduzieren. Realistisch erscheint dabei ein Einsparungspotential in der Höhe von 400 bis 500 Millionen Euro pro Jahr.

### **Rettungsgasse kann Menschenleben retten [\(1303 d.B.\)](#)**

Es kommt immer wieder vor, dass Einsatzfahrzeuge aufgrund eines Staus nicht schnell genug am Unfallort sind. Mit der Einführung der Rettungsgasse ab 1.1.2012 wird die Arbeit von Rettung und Feuerwehren entscheidend erleichtert. Rettungsgasse heißt, Autofahrer müssen Einsatzfahrzeugen bei Unfällen Platz machen – also nach links bzw. rechts rücken, wobei in letzterem Fall auch der Pannestreifen mitbenutzt werden kann. Rettungsgassen gibt es bereits in Deutschland, der Schweiz, Tschechien und Slowenien. Erfahrungen aus Deutschland zeigen, dass Einsatzfahrzeuge durch die Rettungsgasse so im Schnitt vier Minuten schneller am Unfallort sein können – wertvolle Zeit, um Menschenleben zu retten.

### **Einheitlichkeit des Führerscheins in Europa erleichtert Arbeit der Exekutive [\(1304 d.B.\)](#)**

Mit diesem Gesetz wird eine EU-Richtlinie umgesetzt, die ein einheitliches Verkehrsrecht zum Ziel hat. Österreich hat für die begrenzte Gültigkeit des Führerscheins die längst mögliche Dauer – 15 Jahre – gewählt. Die Begrenzung und das einheitliche Scheckkartenformat sowie ein aktuelles Foto erleichtern die Arbeit der Exekutive. Lenkberechtigungen, die bis zum Inkrafttreten 2013 ausgestellt werden, bleiben generell bis 2033 gültig. Es wird die Möglichkeit zu freiwilligen Gesundheitschecks geben, aber keinerlei verpflichtende Gesundheitschecks für SeniorInnen. Weiters wird mit der Novelle der Zugang in die Kategorie der leistungsstärksten Motorräder erst ab 24 Jahren möglich sein, statt bisher mit 21. Künftig wird es aber schon ab 16 Jahren die Möglichkeit geben, den Führerschein für Motorräder bis zu 125 Kubik zu machen.

### **Weitere Beschlüsse**

### **Klug investieren und verantwortungsvoll sparen (Bundesstraßengesetz 1971) [\(1307 d.B.\)](#)**

Im Zeichen der gebotenen Zweckmäßigkeit, Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit werden einige Straßen aus dem Bundesstraßengesetz genommen. Damit kann ein Einsparungsvolumen von 1,4 Milliarden Euro umgesetzt werden.

Neuregelung der Qualitätssicherung im Hochschulbereich – Qualitätssicherungsrahmengesetz [\(1318 d.B.\)](#)

Das Qualitätssicherungsrahmengesetz ist ein wichtiger Schritt zur Weiterentwicklung des Hochschulbereichs und regelt die Qualitätssicherung im Hochschulbereich von Grund auf neu. Alle dem BMWF unterstehenden Hochschulen erhalten erstmals eine

gemeinsame Qualitätssicherungseinrichtung – die AQA.A – mit einheitlichem Verfahren. Die AQA.A übernimmt auch die behördlichen Funktionen von Fachhochschulrat und Akkreditierungsrat. Veränderungen gibt es für Studierende an Fachhochschulen: Für sie wird erstmals ein Mindeststandard beim Studienrecht (z.B. Prüfungsrecht, Lehrbetrieb, Beschwerdemöglichkeiten) gesetzlich verankert und die Mitbestimmung institutionell verankert.

### **Maßnahmen gegen Spekulationen mit Agrarrohstoffen: mehr Transparenz und Regulierung [\(1283 d.B.\)](#)**

Die verstärkte Nutzung von Agrarflächen zur Produktion von Bioenergie und Biokraftstoffen ist eine Doppelmühle. Verheizt man Lebensmittel, so fehlen diese auf dem Lebensmittelmarkt. Die Folge sind extreme Preisschwankungen und Spekulationen auf den Warenmärkten. Dieser 5-Parteien Antrag richtet sich daher gegen die spekulativen Auswüchse, die eine Verknappung von Rohstoffen zur Lebensmittelerzeugung, deren Verteuerung und gefährliche Volatilitäten hervorrufen. Erreichen will man eine Verbesserung der Regulierung und Transparenz der Finanz- und Warenmärkte.

**Einspruch** erhob Österreich **gegen den Beitritt Kirgisiens zum Übereinkommen zur Befreiung ausländischer öffentlicher Urkunden von der Beglaubigung [\(1346 d.B.\)](#)**. Des Weiteren drängten in einem **gemeinsamen Entschließungsantrag [\(1347 d.B.\)](#) SPÖ und ÖVP** einmal mehr darauf, **auf EU-Ebene eine Finanztransaktionssteuer einzuführen**.

Mit einer von **SPÖ/ÖVP/FPÖ und Grünen** gegen die Stimmen des BZÖ gefassten Entschließung [\(1261 d.B.\)](#) wurden von der Bundesregierung **Initiativen für die weltweite Ächtung der Todesstrafe** gefordert und auf entsprechende Übereinkommen speziell mit China, dem Iran und den USA gedrängt. In einer weiteren Entschließung [\(1263 d.B.\)](#) wurde die **Einhaltung internationaler Standards betreffend Menschenrechte und Minderheitenschutz** verlangt.

### **Behandelte Berichte**

#### **ORF-Bericht 2010 (III-249/[1311 d.B.](#))**

Das Jahr 2010 war eines der bewegtesten, wichtigsten, aber auch erfolgreichsten in der Geschichte des ORF. Seit dem Inkrafttreten der Novelle zum ORF-Gesetz am 1. Oktober 2010 gelang es, stabile, EU-konforme rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen für den ORF zu schaffen.

Die ambitionierten Spar- und Strukturprogramme haben die Basis für nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg gelegt – der ORF schloss 2010 mit einem Plus von 25 Mio. Euro, also einer deutlich positiven Bilanz ab. Für die Fernsehprogramme wird für das Vorjahr ein Marktanteil von 37,8 Prozent ausgewiesen, die ORF-Radiosender konnten mit 76 Prozent ihre Führungsposition behaupten.

Mit 37,8 Prozent nationalem Marktanteil liegt der ORF 2010 auf Platz 4 unter den europäischen Öffentlich-Rechtlichen (EU-Schnitt 2009: 28,2 Prozent), im Februar mit 41,2 Prozent sogar auf Platz 2. Stark erweitert wurde das Angebot für gehörlose und blinde Menschen.

**Enquete „Gemeinsame Agrarpolitik nach 2013 – Chancen und Herausforderungen für Österreich“ – SPÖ will mehr Gerechtigkeit für unsere Bäuerinnen und Bauern! ([1282 d.B.](#))**

Bei der Behandlung des Berichts der Enquete „Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2013 – Chancen und Herausforderungen für Österreich“ wurden im Rahmen der Plenardebatte nochmals die Schwerpunkte für die zukünftige Landwirtschaftspolitik diskutiert. Zentrale Schwerpunkte einer Reform der GAP sind für die SPÖ die Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Raums, eine gerechte Förderpolitik und eine Umschichtung der Agrargelder.

Vor allem angesichts der dramatischen Entwicklung in den letzten Jahren, in denen rund 30.000 landwirtschaftliche Betriebe in Österreich zugesperrt haben und insgesamt 14 Prozent der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verloren gegangen sind, legt die SPÖ den Fokus auf den verstärkten Einsatz für mehr Arbeitsplätze und einer besseren Bildungsentwicklung im ländlichen Raum. Hinsichtlich der Förderungen ist für die SPÖ völlig klar: Weg von der Hektarförderung – hin zu einer Förderung der Betriebe auf Basis einer standardisierten, notwendigen Arbeitszeit. Ein klares Ja von der SPÖ für agrarische Ausgleichszahlungen – jedoch im Sinne einer gerechten Abgeltung von Arbeiterschwernis, Arbeitsintensität und Arbeitsaufwand und einer Einführung von Obergrenzen.

**Rechnungshof-Überprüfung: österreichische Botschaften in Madrid und Lissabon, Ständige Vertretung in Brüssel ([III-175/1315 d.B.](#)) und ([III-172/1316 d.B.](#))**

Die Rechnungshof-Sammelberichte befassen sich unter anderem mit den österreichischen Botschaften in Madrid und Lissabon, der Ständigen Vertretung in Brüssel, den gemeinwirtschaftlichen Leistungen des Bundes im Personenverkehr und dem Projekt Unterinntaltrasse. Bei den Follow-up-Überprüfungen der Botschaften in Madrid und Lissabon wurde festgestellt, dass die bei der ersten Überprüfung bemängelten Tatbestände beispielsweise bezüglich Facility-Management größtenteils beseitigt wurden. Der Rechnungshofbericht zur ständigen Vertretung in Brüssel, der einen hohen Beschäftigungsanteil kritisierte, hat ebenfalls bereits zu umfangreichen Aktivitäten von Seiten des BMeiA geführt.

## Die wichtigsten Beschlüsse vom Donnerstag, 07.07.11

### **Ökostromgesetz 2012: Riesenschritt für nachhaltige Energieerzeugung ([1302 d.B.](#))**

Mit dem Ökostromgesetz wird sichergestellt, dass die Energieerzeugung nachhaltiger gestaltet wird und Österreich ab dem Jahr 2015 ohne Atomstrom auskommen kann. Mit dem Beschluss wird der Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen auf über 80 Prozent ansteigen. Österreich investiert damit über 100 Prozent mehr als bisher. Der Ausbau von erneuerbarer Energie wird mit 50 Millionen Euro gefördert. 2015 wird die Ökostromförderung 550 Millionen Euro betragen.

Klar ist, dass die Erreichung dieses Ziels mit entsprechenden Kosten verbunden ist. Daher hat sich die SPÖ vehement für eine faire Kostenverteilung eingesetzt. Auf massiven Druck der SPÖ-Verhandler konnte eine Regelung für die einkommensschwächsten Haushalte geschaffen werden, die bewirkt, dass diese trotz Steigerung des Ökostromaustaus finanziell pro Jahr nicht mit jährlichen Mehrbelastungen von mehr als 20 Euro Ökostromkosten konfrontiert sein werden. Außerdem konnte durch verschiedene Adjustierungen des ursprünglichen Entwurfes erreicht werden, dass die Haushaltskunden generell nicht mit mehr als zirka 35 Prozent der Zusatzkosten belastet werden. Das Ökostromgesetz wurde mit Ausnahme der FPÖ von allen Parlamentsfraktionen beschlossen.

Im Rahmen der Debatte zum Ökostromgesetz wurde von der SPÖ ein Entschließungsantrag für mehr Energieeffizienz eingebracht. Dieses Herzstück sozialdemokratischer Energiepolitik wurde von allen Parlamentsfraktionen unterstützt.

### **Preistransparenzgesetz: Endlich Transparenz an Tankstellen – wichtiges Service für Konsumentinnen und Konsumenten ([1301 d.B.](#))**

Das beschlossene Preistransparenzgesetz, das einen wesentlichen Fortschritt für Österreichs Konsumentinnen und Konsumenten bedeutet, ist eine langjährige Forderung der SPÖ. Hintergrund für diese Maßnahme ist die Mitteilung und Meldung von Treibstoffpreisen an die Preistransparenzdatenbank. Mit dieser rechtlichen Grundlage einer Preismeldepflichtung wird ein Abfrage-Instrument geschaffen, das einen verlässlichen Vergleich der aktuellen Tankstellenpreise sichert. Die SPÖ konnte noch Berichtspflichten an die AK und den VKI bezüglich Preisentwicklungen und Häufigkeit der Preisänderungen durchsetzen, außerdem eine zusätzliche Informationsverpflichtung an ARBÖ und ÖAMTC.

### **Kinder fit für die Schule machen – Verlängerung der 15a-Vereinbarung zum verpflichtenden Kindergartenjahr ([1270 d.B.](#))**

Im Jahr 2009 wurde zwischen Bund und Ländern eine 15a-Vereinbarung über die Einführung der halbtägig kostenlosen und verpflichtenden frühen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen abgeschlossen. Diese Vereinbarung wird nun bis 2013 verlängert, daher wird der Bund auch weiterhin 70 Mio. Euro jährlich bereitstellen.



Die Verlängerung des verpflichtenden kostenlosen Kindergartenjahres für fünfjährige Kinder sichert diesen einen guten Start in die Schulzeit. Da Kindergärten Bildungseinrichtungen sind, profitieren alle Kinder. Der Kindergartenbesuch hilft beim Erlernen sozialer Kompetenzen und macht fit für die Schule. Darüber hinaus wird damit ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie geleistet, es ergeben sich auch positive Effekte für den Arbeitsmarkt.

### **Qualitativ hochwertige ganztägige Schulangebote – 15a-Vereinbarung mit den Bundesländern und Novelle Schulorganisationsgesetz, Schulunterrichtsgesetz etc. [\(1265 d.B.\)](#) [\(1266 d.B.\)](#)**

Für den Ausbau von qualitativ hochwertigen ganztägigen Schulangeboten werden bis 2014 jährlich 80 Millionen Euro, also insgesamt 320 Millionen Euro, österreichweit investiert. Kern der Novelle ist, neben klassen- schulstufen- und schulübergreifenden Angeboten auch schulartenübergreifende Tagesbetreuung zu ermöglichen. Die Ausbildung zum/r Freizeitpädagogen/in und die Errichtung eines Hochschullehrgangs für Freizeitpädagogik wird mit 1. September 2011 eingeführt. FreizeitpädagogInnen sollen in der Tagesbetreuung in ganztägigen Schulformen zum Einsatz kommen.

Mit einer 15a-Vereinbarung werden den Bundesländern Budgetmittel zur Finanzierung von Personal im Freizeitteil der ganztägigen Schulbetreuung und teilweise auch von infrastrukturellen Maßnahmen bis zum Schuljahr 2014/15 zur Verfügung gestellt.

### **Weitere Beschlüsse**

#### **Neuregelung der Zu- und Aberkennung des Status Religionsgemeinschaft [\(1267 d.B.\)](#)**

Um den Status als Religionsgemeinschaft zuerkannt zu bekommen, muss eine Bekenntnisgemeinschaft nunmehr entweder 20 Jahre in Österreich bestehen oder organisatorisch und in der Lehre in eine international tätige Religionsgesellschaft eingebunden sein, die zumindest 100 Jahre besteht und in Österreich bereits durch mindestens 10 Jahre in organisierter Form tätig ist.

#### **Orthodoxengesetz wird novelliert [\(1268 d.B.\)](#)**

Der rechtliche Rahmen des Orthodoxengesetzes 1967 wird dahingehend geändert, dass seine Bestimmungen heutigen Erfordernissen genügen und neue Kirchengebäude bzw. Diözesen eingerichtet werden können.

#### **Grundlagen zur Situation der Kulturinitiativen und ihrer MitarbeiterInnen erarbeiten [\(1381 d.B.\)](#)**

Die Arbeit von Kulturinitiativen in den Regionen leistet einen wesentlichen Beitrag zur kulturellen Vielfalt und Kulturvermittlung. In dem Entschließungsantrag wurde

beschlossen, Grundlagen zur Situation der Kulturinitiativen und ihrer MitarbeiterInnen zu erarbeiten. Die Ergebnisse sollen in der Folge veröffentlicht werden.

### **Änderung des Kriegsmaterialgesetzes: Europaweite Optimierung der Kontrolle, Melde- und Auskunftspflichten [\(1335 d.B.\)](#)**

Diese Änderung betrifft die Umsetzung einer EU-Richtlinie mit dem Ziel, die Kontrolle, die Melde- und Auskunftspflichten hinsichtlich der Verbringung von Verteidigungsgütern in den EU-Mitgliedstaaten zu regeln.

### **Änderungen bei Flugrettungsdiensten [\(1336 d.B.\)](#) bis [\(1343 d.B.\)](#)**

Auf Initiative von Gesundheitsminister Alois Stöger wurde der Flugrettungsdienst neu organisiert. 1984 hatte der Bund von den Bundesländern die Verpflichtung zu einem Flugrettungsdienst übernommen, wobei die diesbezüglichen Aufgaben bislang vom ÖAMTC wahrgenommen wurden. Da der ÖAMTC mit Jahresende 2010 die bestehende Vereinbarung aufgelöst hat, tritt nun auch der Bund von seiner seinerzeit übernommenen Verpflichtung zurück, womit die von der Verfassung vorgezeichnete Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern auf diesem Gebiet wiederhergestellt wird. Aufgelöst werden so die Vereinbarungen mit Kärnten, Oberösterreich, Vorarlberg, Wien, Tirol, Salzburg und Steiermark.

### **Verbesserung der Transparenz bei Aktiengesellschaften – Gesellschaftsrechts-Änderungsgesetz 2011 [\(1278 d.B.\)](#)**

Durch das Gesellschaftsrechtsänderungsgesetz wird das österreichische Umgründungsrecht an die Vorgaben der entsprechenden EU-Richtlinie angepasst. Darüber hinaus soll dem im Gefolge des Prüfungsergebnisses der Financial Action Task Force (FATF) – dieses ist ein zwischenstaatliches Gremium zur Schaffung international einheitlicher Standards im Bereich der Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung – vom Ministerrat beschlossenen Transparenzpaket zur Verbesserung der Transparenz bei Aktiengesellschaften Rechnung getragen werden, indem nun alle nicht börsennotierten Gesellschaften zur Ausgabe von Namensaktien verpflichtet werden.

### **Sicherheitsvorkehrungen bei der Vorratsdatenspeicherung verschärft [\(1279 d.B.\)](#)**

Durch diese Novelle werden die Sicherheitsvorkehrungen bei der Vorratsdatenspeicherung verschärft. Datenauskünfte von den Staatsanwaltschaften dürfen demnach nur streng nach dem "Vier-Augen-Prinzip" angeordnet werden. Personen, die gespeicherte Daten unzulässig veröffentlichen, können mit einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr oder einer Geldstrafe von bis zu 360 Tagessätzen belegt werden.

### **Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft entlastet [\(1280 d.B.\)](#)**

Um Verzögerungen vorzubeugen, wird die neu organisierte Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft fürs erste von Aufgaben entlastet. So ist sie ab September nur für Wirtschaftsdelikte mit besonders hohem Schaden, Korruptionsdelikte und Bilanzfälschungsdelikte solcher Unternehmen, die über ein Stammkapital von zumin-

dest fünf Millionen Euro oder über mehr als 2.000 Beschäftigte verfügen, verantwortlich. Die übrigen Zuständigkeiten sollen erst mit 1.9.2012 wirksam werden.

### **Rückführung der Kühlgeräteentsorgungsbeiträge neu geregelt ([1281 d.B.](#))**

Wer zwischen 1993 und 2005 in Österreich ein Kühlgerät gekauft hat, musste eine Entsorgungsplakette erwerben und aufkleben. Bei Entsorgung gibt es das Geld zurück. Da viele Österreicher ihr Pickerl noch nicht eingelöst haben, sollten die übrig gebliebenen Mittel vom Umweltforum Haushalt ins Budget fließen und die Stiftung aufgelöst werden. Das wird korrigiert. Gemäß den neuen Bestimmungen soll die Umweltforum Haushalt (GmbH & Co KG sowie Privatstiftung) für die Übernahme der Rückzahlungsverpflichtungen ein Entgelt von 24 Mio. an den Bund leisten und bis 31. Dezember 2020 die Prüfung bzw. Abwicklung der Rückzahlungsansprüche und bis 31. Dezember 2013 die Begleichung der Rückzahlungen kostenfrei übernehmen.

Zur Kenntnis genommen wurden die **Petitionen betreffend "Eine rasche, menschenrechtskonforme und humanitäre Reform des österreichischen Fremdenrechts" ([1344 d.B.](#))** und **"Kinder gehören nicht ins Gefängnis" ([1345 d.B.](#))**

### **Die wichtigsten Beschlüsse vom Freitag, 08.07.11**

#### **Größte Verwaltungsreform der letzten Jahre – Pflegegeldreformgesetz 2012 ([1287 d.B.](#)) und Pflegefondsgesetz ([1286 d.B.](#))**

**PFLEGEgeld:** Das Pflegegeldreformgesetz ist mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP, Grünen und BZÖ beschlossen worden. Damit übernimmt der Bund künftig die Kompetenz für das Pflegegeld. Der Vollzug des Pflegegeldes wird drastisch vereinfacht, statt 303 Stellen werden künftig nur noch acht für Administration und Auszahlung zuständig sein. Eine Verwaltungsreform in diesem Ausmaß hat es seit Jahrzehnten nicht gegeben. Die ursprünglich geplante Befristung bis 2014 konnte nach intensiven Diskussionen wieder wegverhandelt werden.

**PFLEGEFONDS:** Der Nationalrat hat mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen den Pflegefonds beschlossen. Der im Sozialministerium angesiedelte und zu zwei Dritteln vom Bund und zu einem Drittel von Ländern und Gemeinden gespeiste Pflegefonds wird heuer mit 100 Millionen Euro dotiert, im Jahr 2012 steigt der Betrag auf 150 Millionen Euro, im Jahr 2013 auf 200 Millionen Euro und im Jahr 2014 auf 235 Millionen Euro. Insgesamt sind also Mittel in der Höhe von 685 Millionen Euro vorgesehen. Zudem soll eine von der Statistik Österreich einzurichtende Datenbank einen genauen Überblick über die in Österreich gewährten Pflegeleistungen ermöglichen.

Mit einer **Novelle des Finanzausgleichsgesetzes 2008, des Gesundheits- und Sozialbereich-Beihilfengesetzes und des Bundesfinanzgesetzes 2011 ([1325 d.B.](#))** wurden die finanzrechtlichen Teile des Pflegefonds beschlossen.

## **Österreichischer Stabilitätspakt 2011 – Unterstützung für stabilitätsorientierte Budgetpolitik [\(1324 d.B.\)](#)**

Der Stabilitätspakt zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ist nun endgültig fixiert. Demnach soll der Bund in den Jahren des Stabilitätspakts, also bis 2014, folgenden Defizitpfad erfüllen: minus 3,1 Prozent 2011, minus 2,7 Prozent 2012, minus 2,4 Prozent 2013 und minus 1,9 Prozent des BIP im Jahr 2014. Für die Länder ist heuer ein maximales Defizit von 0,75 des BIP vorgesehen, 2012 dann von 0,6 Prozent und 2013 und 2014 jeweils von 0,5 Prozent. Die Gemeinden sollen jedes Jahr ausgeglichen bilanzieren. Die Vereinbarung läuft bis 2014, womit der geltende Finanzausgleich um ein Jahr verlängert wird. Der Stabilitätspakt 2011 bis 2014 verschärft die Sanktionsfolgen bei Zielverfehlungen.

## **Transparente Wartelisten bei Operationen [\(1348 d.B.\)](#)**

Künftig werden Landesgesetzgeber verpflichtet, in Krankenhäusern ein verpflichtendes Wartezeiten-Management einzuführen. Damit wird Tendenzen bei der Vergabe von Operationsterminen, die in Richtung Zwei-Klassen-Medizin gehen, ein Riegel vorgeschoben. Für die Dringlichkeit einer Operation darf nicht die Versicherungsform, sondern ausschließlich der Gesundheitszustand Grundlage sein. Weiters wird in dem Gesetz geregelt, dass künftig ein/e Vertreter/in der SeniorInnen in die Ethikkommission aufgenommen und eine Opferschutzgruppe für volljährige Betroffene häuslicher Gewalt eingerichtet wird.

## **Oberster Sanitätsrat wird modernisiert - [\(1352 d.B.\)](#)**

Mit diesem Gesetz wird der Oberste Sanitätsrat, der ein besonders bedeutendes Beratungsgremium für den Gesundheitsminister ist, modernisiert. Die Bestimmungen, die die Organisation des Obersten Sanitätsrates betreffen, stammen aus dem Jahr 1870 – sind also völlig veraltet und nicht mehr zeitgemäß. Festgeschrieben wurde im neuen Gesetz ein verpflichtender Anteil von mindestens 40 Prozent Frauen im Obersten Sanitätsrat.

## **Fairnesspaket für politische Mandatare – „Bürgermeisterregelung“ [\(1308 d.B.\)](#) und [\(1309 d.B.\)](#)**

Hintergrund ist eine Verbesserung der sozialrechtlichen Bedingungen für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und kommunalpolitisch engagierte Personen. Generell ist dies ein wichtiges Signal der Anerkennung und des Respekts vor den tagtäglichen Leistungen im Dienste der Allgemeinheit. Mit der geplanten Absicherung bei Arbeitslosigkeit durch Mandatsverlust, der laufenden Rückerstattung von Pensionsbeiträgen über der Höchstbemessungsgrundlage und einer fairen Zuverdienstgrenze für ASVG-versicherte KommunalpolitikerInnen bei den Ruhensbestimmungen wurden nun langjährige Forderungen des Gemeinde- und Städtebundes erfüllt. Außerdem wurden eine höhere Vergütung der Reise-, Telekommunikations- und Fortbildungskosten parlamentarischer MitarbeiterInnen und eine Gleichstellung aller politischen FunktionärInnen beschlossen.

## Weitere Beschlüsse

### **Jubiläumsspenden als Zeichen der Anerkennung für Kärnten und das Burgenland ([1327 d.B.](#)) ([1328 d.B.](#))**

Beschlossen wurden Zuschüsse und sonstige Förderungen für die Bundesländer Kärnten – aus Anlass der 90. Wiederkehr des Jahrestages der Volksabstimmung in Kärnten – und Burgenland – aus Anlass der 90-jährigen Zugehörigkeit zu Österreich. Die Abstimmungsspende für Kärnten ist ein wichtiger Bestandteil der Ortstafelösung. Sie gilt als Zeichen des gegenseitigen Respekts und der Anerkennung zwischen der slowenischen Volksgruppe und der Mehrheitsbevölkerung. Die FPÖ hat im Nationalrat gegen die Jubiläumsspende für Kärnten gestimmt. Das Burgenland erhält ebenfalls eine sogenannte Jubiläumsspende in der Höhe von vier Millionen. Die Spende ans Burgenland soll für Maßnahmen im Bereich der Beschäftigung, der Wirtschaft, des Sozialwesens und der Jugend verwendet werden sowie für Kultur- und Bildungsprojekte.

### **Studie über Kinder und Jugendliche, die Angehörige pflegen, wird erstellt ([1298 d.B.](#))**

Das Sozialministerium wird auf Wunsch des Sozialausschusses eine Studie über pflegende Kinder und Jugendliche bis Ende 2012 in Auftrag geben, die Grundlage dafür bieten soll, betroffene Kinder und Jugendliche bestmöglich zu unterstützen.

### **Großer Schritt gegen Sozialbetrug am Bau – Novelle Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz etc. ([1300 d.B.](#))**

Mit dieser Novelle wurden von Sozialminister Hundstorfer weitere Maßnahmen gegen Sozialbetrug am Bau gesetzt. Neben dem Ausbau der Informations- und Kontrollrechte der BUAK sieht die Novelle die Errichtung einer Baustellendatenbank vor, die die Kontrollen auf österreichischen Baustellen verbessern soll. Diese österreichweite Datenbank ist künftig auch Behörden wie zum Beispiel der Finanzpolizei und den Krankenversicherungsträgern zugänglich.

Die Gesetzesnovelle räumt der BUAK erweiterte Einsichtsrechte in Geschäfts- und Lohnzahlungsunterlagen von Unternehmen ein und schafft darüber hinaus die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit der Arbeitsinspektorate mit den Arbeitsaufsichtsbehörden anderer EU-Länder. Zukünftig müssen Unternehmen über ihre Sub-Aufträge sowie hinsichtlich überlassener ArbeitnehmerInnen der BUAK zwingend Auskunft erteilen. Baufirmen, die sich durch Lohn- und Sozialdumping Wettbewerbsvorteile verschaffen wollen, wird ein deutlicher Riegel vorgeschoben.

### **Republik Österreich ist Alleineigentümerin der OeNB – Novelle Nationalbankgesetz 1984 und Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz ([1319 d.B.](#))**

Seit Mitte 2010 ist die Republik Österreich Alleineigentümerin der OeNB, daraus ergaben sich folgende Neuerungen: Eine stufenweise Reduktion des Generalrates von 14 auf 10 Mitglieder bis 2015. Alle Generalräte werden durch die Bundesregierung bestellt, außerdem können zu den Sitzungen des Generalrates ein Beleg-

schaftsvertreter sowie ein zweiter Belegschaftsvertreter als Stellvertreter entsendet werden.

### **Sammelgesetz zum Abgabenänderungsgesetz bringt steuerrechtliche Novellierungen ([1320 d.B.](#))**

Inhalt dieses Sammelgesetzes sind zahlreiche steuerrechtliche Novellierungen wie zum Beispiel eine Steuerbefreiung für Flugzeuge bis zwei Tonnen im Flugabgabengesetz sowie eine dauerhafte Steuerbefreiung von Auslandsmontagen. Außerdem sind Spenden für Feuerwehren, Umweltschutzorganisationen und Tierheime absetzbar. Bauarbeiter versteuern künftig nur ihre neben dem Urlaubsentgelt ausbezahlten sonstigen Bezüge innerhalb eines „Jahreszwölftels“ mit 6 Prozent.

### **Novelle Investmentfondsgesetz ([1326 d.B.](#))**

Das in den letzten Jahren mehrmals novellierte Investmentfondsgesetz aus dem Jahr 1993 wird mit dieser Regierungsvorlage neu gefasst. Dabei werden eine Reihe von europäischen Richtlinien umgesetzt.

### **Änderung des Übereinkommens betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen ([1330 d.B.](#))**

Die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen wird an die internationalen Entwicklungen angepasst.

### **Bundesgesetz betreffend die Veräußerung von unbeweglichem Bundesvermögen ([1310 d.B.](#))**

Dieser Beschluss ermächtigt die Finanzministerin, das ehemalige österreichische Generalkonsulat in Rio de Janeiro zu veräußern.

### **Schaffung eines nationalen Hüftprothesen-Registers ([1351 d.B.](#))**

Um die Behandlungsqualität im Bereich der Hüftendoprothetik (künstlicher Ersatz eines erkrankten Hüftgelenkes) in Österreich beurteilen und ein Frühwarnsystem für allfällig fehlerhafte Produkte einführen zu können, bedarf es eines nationalen Hüftprothesen-Registers. Ein solches soll flächendeckend bis Jahresende 2011 eingeführt werden.

### **Erweiterung der Zuständigkeit der Apothekerkammer ([1358 d.B.](#))**

Die Apothekerkammer wird nunmehr auch für Meldeverfahren für ApothekerInnen, die vorübergehend oder gelegentlich als Erbringer von Dienstleistungen in Österreich tätig sein wollen, verantwortlich sein.

### **Aufwandsentschädigungen für Blutspenden zulässig ([1359 d.B.](#))**

Bei den Aufwandsentschädigungen darf es sich allerdings nur um einen Ersatz des dem Spender tatsächlich entstandenen Aufwands (z. B. Anfahrtskosten) handeln, nicht aber um einen Pauschalsatz. Ausgeschlossen bleibt weiterhin der Abgleich der Spende in Form von Bargeld oder anderen entsprechenden Leistungen.

## **Sicherheit bei Medikamentenverpackungen – Novelle Gesundheits- und Ernährungssicherheitsgesetz ([1360 d.B.](#))**

Damit werden einheitliche Qualitätsstandards bei der Neuverblisterung (Neuverpackung) von Arzneimitteln durch Apotheken sichergestellt.

## **Reform und Neustrukturierung der Kontrollen entlang der Lebensmittelkette ([1361 d.B.](#))**

In diesem Antrag geht es darum, die Lebensmittelsicherheit insgesamt zu verbessern und auch Futtermittel sowie den Einsatz von Pflanzenschutz- und Düngemitteln ausreichend zu kontrollieren.

## **Stevia wird zugelassen ([1366 d.B.](#))**

Mit diesem Antrag haben sich die Abgeordneten für die Zulassung von Süßstoffen aus der Pflanze Stevia ausgesprochen.

## **Verbot gesundheitsgefährdender Chemikalie in Babyfläschchen ([1368 d.B.](#))**

Das Verbot von Bisphenol A in Babyflaschen wurde auf Drängen Österreichs EU-weit umgesetzt und gilt seit 1. Juli 2011. Spuren von Bisphenol A können aus Kunststoffbehältern in die darin enthaltenen Lebensmittel übergehen, wenn diese Behälter erhitzt werden.

## **Nanosilber wichtig für die Medizin ([1374 d.B.](#))**

Es sollen hiermit alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden, damit die Wirksamkeit von Nanosilber und der damit verbundene hohe Stellenwert im medizinischen Bereich gesichert und eine unkontrollierte Anwendung von Nanosilber im Konsumgüterbereich verhindert wird.

## **Einbeziehung von sozialen Determinanten bei Gesundheitszielen ([1376 d.B.](#))**

Mit diesem Antrag fordern die Abgeordneten, dass bei der Erstellung der nationalen Gesundheitsziele soziale Determinanten einbezogen werden sollen.

## **Antrag zum Aufbau eines nationalen Suizidpräventionsprogramms ([1377 d.B.](#))**

Die Wichtigkeit eines nationalen Selbstmordpräventionsprogramms wird betont, am Aufbau eines solchen Programms wird im Gesundheitsministerium bereits gearbeitet.

## **Möglichkeit für eine Aufnahme der klinisch-psychologischen Behandlung in das ASVG wird geprüft ([1378 d.B.](#))**

Derzeit sind die medizinische und psychotherapeutische Behandlung bei psychischen Erkrankungen im Leistungsspektrum der gesetzlichen Krankenkassen erhalten. Das zusätzliche Leistungsangebot einer klinisch-psychologischen Behandlung soll jetzt auf seine Machbarkeit überprüft werden.

Des Weiteren wurde ein **Doppelbesteuerungsabkommen mit Katar** abgesegnet ([1329 d.B.](#)).

## Parlamentsreden vom 06. 07.2011

### Redebeitrag zur Kärntner Ortstafellösung

**Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ):** Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Herren auf der Regierungsbank! Werte Mitglieder der Kärntner Landesregierung! Sehr verehrte Gäste auf der Galerie! Mich als Kärntnerin begleitet diese ungelöste Frage rund um die Ortstafeln, solange ich mich erinnern kann. Sie war immer präsent, sei es in Diskussionen mit Freunden, in der Diskussion mit Schülern, auf politischer Ebene oder einfach, wenn man durch das Land gefahren ist. Der Streit, ob zweisprachige Ortstafeln oder nicht, war so emotionalisiert, dass ein Herangehen an dieses Thema mit einem kühlen Kopf kaum mehr machbar erschien.

Und doch hat sich in den letzten Jahren in Kärnten einiges verändert. So wurden Plattformen gegründet, die sich mit dem Miteinander beschäftigt haben; zum Beispiel die Plattform „Pro Kärnten/Za Koroško“ mit dem Slogan: „Weil wir die Zukunft in der Zukunft suchen“, oder die sogenannte Konsensgruppe – Vertreter sind hier anwesend –, bestehend aus ehemaligen Kontrahenten. Diese Gruppe hat zur Verblüffung vieler begonnen, die Vergangenheit mit all den Wunden auf beiden Seiten aufzuarbeiten. Sie hat für ihre gute Arbeit große Anerkennung bekommen, nicht nur von der Bevölkerung, sondern auch auf lokaler und internationaler Ebene. So hat sie den Kulturpreis der Stadt Villach erhalten und auch den vom Europaparlament vergebenen Europäischen Bürgerpreis.

Immer mehr Kinder werden für den zweisprachigen Volksschulunterricht angemeldet, da der Wert einer zweiten Landessprache mittlerweile erkannt wird. Die Vorzüge von Zweisprachigkeit liegen ja auf der Hand, man kann sich in einer anderen Kultur frei bewegen, hat also einen größeren Wirkungskreis, und letztendlich kann Mehrsprachigkeit sowohl beruflich als auch wirtschaftlich Vorteile mit sich bringen.

Zum Erlernen einer Sprache gehört aber auch die Auseinandersetzung mit dem anderen, dem scheinbar Fremden.

Meine Damen und Herren! In Wirklichkeit findet in Kärnten diese Auseinandersetzung ja schon längst statt, und dabei spielen Kunst und Kultur eine große Rolle. Das geht von gemeinsamen Festen wie dem Rosentaler *Pohača Fest* – das ist eine köstliche Süßspeise – über das slowenische Kärntnerlied bis hin zu großartigen Schriftstellern und Schriftstellerinnen, Malern und Malerinnen, TheatermacherInnen, MusikerInnen, GaleristInnen der slowenischen Volksgruppe, die mit ihrem künstlerischen Beitrag wesentlich zum Verständnis und zum Sichtbarmachen der Volksgruppe beigetragen haben, sehr oft im Dialog mit deutschsprachigen Künstlerinnen und Künstlern, aber immer vor zweisprachigem Publikum.

Durch sie haben wir auch gelernt, dass die Präsenz einer zweiten Volksgruppe eigentlich der Ausdruck eines Privilegs ist, denn die kulturelle Vielfalt ist dadurch einfach größer und bunter.



Still und leise und mit Selbstverständlichkeit hat die interkulturelle Kompetenz der Bevölkerung die der Politik langsam überholt. – Und dann, meine Damen und Herren, dieser quälende Ortstafelstreit, immer wieder politisch missbraucht, immer wieder von politischer Seite neu entfacht. Politisch missbraucht, Herr Bucher, übrigens auch 2006, damals hätte es übrigens weniger zweisprachige Ortstafeln gegeben als heute. (*Abg. Strache: Mehr sogar! – Abg. Bucher: Es gab eine Einigung, das ist das Entscheidende!*) Dabei hat eine Studie im Rahmen der Diplomarbeit mit dem Titel: Konflikt, Dialogbereitschaft, Stagnation, von Martin Mittersteiner ergeben, dass die Bevölkerung als zu minderheitenfeindlich eingeschätzt wird, obwohl der größte Teil der Bevölkerung – und das ergibt sich aus dieser Studie, es sind 71 Prozent – eine neutrale bis positive Einstellung zu zweisprachigen Ortstafeln hat.

Aus meiner Sicht wenig überraschend ist die durchwegs positive bis neutrale Haltung der jüngeren Menschen. Sie sehen keinen Sinn darin, den Streit weiterzutragen, der schon 56 Jahre dauert. Sie leben in einer EU ohne Grenzen. Sie wollen den Alpen-Adria-Raum stärken und an der höchst notwendigen Weiterentwicklung und der Zukunft Kärntens arbeiten.

Die jungen Menschen wissen auch um das ausbaufähige und große Potenzial, das in diesem Land liegt. Sie schätzen die landschaftliche Schönheit, seine kulturelle Vielfalt, sichtbar gemacht auch durch die Ortstafeln.

Meine Damen und Herren! Natürlich hätte es eine großzügigere Lösung geben können, mit einer höheren Anzahl von zweisprachigen Ortstafeln, und ein Teil der Bevölkerung hätte das auch befürwortet. Aber an einem Kompromiss sind eben alle beteiligt und alle müssen Abstriche machen.

Um so einen Kompromiss auszuverhandeln, braucht es Zähigkeit und die feste Überzeugung, dass eine Lösung möglich ist. Das geht nicht in großen Sprüngen, sondern in vielen kleinen Schritten, und das ist manchmal mühsam, manchmal leicht, und manchmal muss man eine Extraschleife drehen. Für diese tiefe innere Begeisterung und Beharrlichkeit für die Sache möchte ich vor allem Staatssekretär Ostermayer danken und auch der Bundesregierung. Staatssekretär Ostermayer hat es geschafft, gegensätzliche Haltungen zusammenzubringen, um daraus den notwendigen Gesetzestext formulieren zu können.

Die wichtigen Partner in Kärnten waren neben den betroffenen Bürgermeistern Landeshauptmann Dörfler und Landeshauptmann-Stellvertreter Peter Kaiser. Auch ihr Verhandlungsgeschick ist ein großer Teil des Erfolges. Ich möchte ihnen dafür danken.

Sehr geehrte Damen und Herren! So kann heute aus dem Ortstafelstreit endlich eine Ortstafellösung werden, und ich hoffe auf große Zustimmung hier im Plenum. – Danke. (*Beifall bei SPÖ und ÖVP.*)

## Redebeitrag zur Finanztransaktionssteuer

**Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ):** Herr Präsident! Herr Staatssekretär! Ja, es stimmt, es ist lange her, dass Österreich mit seiner Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer in der EU ganz allein dagestanden ist. Mittlerweile hat sich das Blatt aber gewendet, und ich finde, das ist nicht wirklich verwunderlich, denn die Finanztransaktionssteuer sollte ja genau jene zur Kasse bitten, die die letzte Krise mit verursacht haben. Es verwundert mich deswegen auch nicht, dass sie innerhalb der Bevölkerung der EU eine so große Unterstützung genießt, weil diese Finanztransaktionssteuer dann letztendlich ein Schritt in die richtige Richtung, ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit ist.

Gleichzeitig werden auch die Gegner und Gegnerinnen dieser Finanztransaktionssteuer immer weniger. Das Europäische Parlament hat bereits am 8. März dieses Jahres mit einer deutlichen Mehrheit von 78 Prozent für die Einführung dieser Steuer gestimmt. Auch die Europäische Kommission hat dafür gestimmt. In ihren Vorschlägen zum neuen mehrjährigen Finanzrahmen von letzter Woche spricht sie sich für die Einführung der Finanztransaktionssteuer aus – und zwar in allen EU-Ländern. Österreich hat diese Steuer als eines der ersten Länder thematisiert. Letztendlich haben Bundeskanzler Faymann und die Bundesregierung sich unermüdlich dafür eingesetzt und das auf europäischer Ebene ständig thematisiert.

Diese neue Dynamik gilt es jetzt zu nutzen. Wir müssen die verbleibenden EU-Länder, die dieser Finanztransaktionssteuer noch skeptisch gegenüberstehen – vor allem Großbritannien und Schweden – jetzt davon überzeugen, wie notwendig die Einführung wäre, denn wir brauchen in Europa wirtschaftliche Stabilität und Gerechtigkeit. Wir brauchen Regeln, die dafür sorgen, dass die Lasten der Krise gerecht verteilt werden, und verhindern, dass eine Finanzkrise in dieser Größenordnung sich wiederholt.

Eine Finanztransaktionssteuer ist genau das richtige Mittel dafür, denn sie verhindert unsoziale und hochriskante Spekulationsgeschäfte. Mit diesem vorliegenden gemeinsamen Entschließungsantrag wollen wir der Bundesregierung letztendlich fraktionsübergreifend den Rücken für weitere Verhandlungen stärken. – Danke. *(Beifall bei der SPÖ sowie bei Abgeordneten der ÖVP.)*

## Pressemeldungen & Veranstaltungen:

[Muttonen : Stabile Eurozone ist das Fundament für den Wohlstand Österreichs = \(22.06.2011\)](#)

[Muttonen : Europaweiter Gewaltschutz wird umgesetzt \(04.07.2011\)](#)

[Nationalrat - Muttonen : "Präsenz einer zweiten Volksgruppe Ausdruck eines Privilegs" \(06.07.2011\)](#)

[Muttonen : EU-Informationsgesetz bringt mehr Transparenz \(07.07.2011\)](#)

### **Gemeinsames Treffen der Kärntner SPÖ mit den kroatischen SozialdemokratInnen in Zagreb**

Kroatien wird der Europäischen Union voraussichtlich im Juni 2013 beitreten. Damit ergeben sich auch für Kärnten ganz neue Möglichkeiten das Potential der Alpen-Adria-Region zu nutzen. Höchste Zeit also, neue Kontakte zu knüpfen und gemeinsame Interessen auszuloten. Aus diesem Grunde habe ich Ende Juni gemeinsam mit Peter Kaiser, Reinhart Rohr, Ana Blatnik und Adnan Alijagic die kroatischen Sozialdemokraten besucht. Empfangen wurden wir in Zagreb vom



Vize-Präsidenten des kroatischen Parlamentes, den ich noch aus seiner Zeit als Europaratsabgeordneter kenne. Welches Potential eine stärkere Kooperation mit Kroatien für Kärnten birgt zeigte sich beispielsweise an dem großen Interesse unserer Gastgeber in Fragen der Abfallwirtschaft und der erneuerbaren Energien mit Kärnten austauschen zu wollen.

### **Aussprache zur polnischen Ratspräsidentschaft mit Botschafter Dr. Jerzy Marganski**

Anfang Juli hat Polen die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft von Ungarn übernommen. Aus diesem Anlass war am 04. Juli der polnische Botschafter Dr. Jerzy Marganski ins Parlament gekommen, um das Arbeitsprogramm der polnischen Regierung zu präsentieren und sich unseren Fragen zu stellen. Dabei habe ich dem Botschafter mitgeteilt, dass die SPÖ insbesondere das polnischen Vorhaben, die

Beziehungen zu Europas östlichen Nachbarn Weißrussland, Ukraine und Moldawien durch Assoziationsabkommen und Freihandelszonen zu intensivieren skeptisch gegenübersteht. Eine verstärkte Zusammenarbeit gerade mit Weißrussland ist angesichts der dortigen Lage nicht sinnvoll. Bevor es hier zu intensiveren politischen und wirtschaftlichen Kooperationen kommen kann, müssen die Regierungen dieser Länder zunächst eindeutige demokratische Reformprozesse einleiten.



© Parlamentsdirektion / HBF / Franz Hartl

### Nationalrat beschließt die Novelle des Volksgruppengesetzes



Die Nationalratssitzung am Mittwoch, dem 07. Juli 2011 war für mich als Kärntnerin ein ganz besonders freudiges Ereignis: Mit großer Mehrheit stimmte das Parlament für die Novelle des Volksgruppengesetzes. Damit geht nun hoffentlich auch auf der politischen Bühne ein Jahrzehnte währender unsinniger Streit zu Ende, von dem sich die Kärntner Bevölkerung schon lange emanzipiert hat. Die ge-

fundene Ortstafellösung bietet uns nun die Möglichkeit, die Streitereien aus der Vergangenheit endgültig ad acta zu legen und uns voll und ganz der gemeinsamen Zukunftsgestaltung widmen zu können. Zu der Plenarsitzung, die auf ein großes mediales Interesse stieß, waren nicht nur die Regierungsspitze und "Ortstafel-Chefverhandler" Josef Ostermayer erschienen, sondern auch die Kärntner Verhandlungspartner des Staatssekretärs. So verfolgten Landeshauptmann Gerhard Dörfler, die Chefs der SPÖ- und ÖVP- Kärnten, Peter Kaiser und Josef Martinz sowie die Kärntner-Slowenen-Vertreter Marjan Sturm und Bernard Sadovnik, die Debatte. Auch unsere Nachbarländer verfolgten die Plenarsitzung aufmerksam. Neben dem slowenischen war auch der ungarische Botschafter während der Debatte und der anschließenden Abstimmung im Parlament anwesend.

## Aussprache mit dem Präsidenten des Europäischen Parlaments Jerzy Buzek

Am Freitag, den 08. Juli 2011, dem letzten Sitzungstag vor der Sommerpause war der amtierende Präsident des Europäischen Parlaments zu Besuch im Hohen Haus. In einer besonderen Sitzung des EU-Hauptausschusses, der sämtlichen Abgeordneten des Nationalrates und des Bundesrates sowie die österreichischen Europaabgeordneten teilnehmen konnten, stellte sich Präsident Buzek unseren interessierten und kritischen Fragen. Da im Augenblick die Verhandlungen für den Finanzrahmen der EU für die Jahre 2014 bis 2020 an Fahrt aufnehmen, war es mir wichtig gegenüber Präsident Buzek noch einmal darauf hinzuweisen, dass die EU dringend ihre soziale Komponente stärken muss. Angesichts der angespannten sozialen Lage in vielen europäischen Ländern, erwarten die Menschen ein soziales Europa, dass ihnen in dieser Situation zur Seite steht, sie schützt und ihnen einen Weg aus dieser Krise weist. Eine ausreichende finanzielle Ausstattung der EU-Sozialfonds und der europäischen Bildungs- und Forschungsprogramme ist daher enorm wichtig.



© Parlamentsdirektion/ Bildagentur Zolles / Mike Ranz

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:

Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN

Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3

1017 Wien

# PARLAMENTSMAIL